



AN EINEM STRANG

Vorwort 4

Marsch aus den Institutionen - Daheim statt Heim

Bürokratie siegt über Menschenwürde und Selbstbestimmung _____ 5
 Jubelfeier für ein neues Altenheim in Igersheim _____ 7
 Knapp 42000 Aussonderungsplätze in Sachsen _____ 8
 Pflege- und Adoptivfamilien statt "Heim" _____ 9
 Und wieder ein neues Altengetto _____ 10
 Ein ungleicher Kampf ist verloren gegangen _____ 11
 Weizsäcker unterstützt "Daheim statt Heim" _____ 12
 Offener Brief zur Heimgesetzreform in Bayern von Klaus Dörner _____ 12
 Weitere prominente Unterstützer und ein Anstecker für Bundesinitiative _____ 14
 Assistenz ist Schlüssel für Selbstbestimmung _____ 15
 Und wieder ein Spatenstich für eine Aussonderungseinrichtung _____ 15
 Neue Unterstützer der Bundesinitiative Daheim statt Heim _____ 16

Persönliches Budget

Persönliche Budgets ermöglichen _____ 16
 Pflegeleistungen ins Persönliche Budget _____ 18
 Integriertes, trägerübergreifende Budget von Experten gefordert _____ 19
 Erklärung zum integrierten trägerübergreifenden Budget _____ 20
 In Mannheim gibt es erst einen Budget-Antrag _____ 22

Pflegeversicherung

Enttäuschung über Reform der Pflegeversicherung _____ 23
 Mutlose und fehlerhafte Pflegereform durch Bundesrat amtlich gemacht _____ 24

Recht

Oberster Sozialrichter für mehr Klarheit in der Gesetzgebung _____ 25
 Heimbewohner darf ohne Begleitung das Heim verlassen _____ 25
 Kein Berufsverbot für misshandelnden Altenpfleger _____ 25
 Streit um Rollstuhl _____ 26
 Protest erfolgreich: DAK will Rollstuhl-Urteil anerkennen _____ 26

Mindestlohndebatte

Erfolgreicher Schritt gegen Lohndumping in der Pflege _____ 27

Wer Tariflöhne zahlt, muss Mindestlöhne nicht fürchten _____ 28
 Mindestlohndebatte bei der ForseA-Mitgliederversammlung _____ 28
 Mindestlohn-Standards im Pflege- und Rehabereich umstritten _____ 29

Ich muss ins Krankenhaus ... und nun?

Mysteriös: Drei Behinderte starben in Krankenhaus _____ 30

Verschiedenes

Bundesagentur besteht auf Behindertenhelfer _____ 30
 Selbstbestimmt Leben im Landkreis Ludwigsburg _____ 32
 Der Main-Tauber-Kreis hat jetzt eine Behindertenbeauftragte _____ 32
 Paradigmenwechsel und Co. _____ 33
 Mit dieser Anekdote müsste eigentlich jede Besprechung beginnen ... _____ 38
 Kritik am baden-württembergischen Behindertenbeauftragten _____ 39

Literaturtipp

Im Netz der Pflegemafia – Wie mit menschenunwürdiger Pflege Geschäfte gemacht werden _____ 40
 Das Persönliche Budget – Ein Handbuch für Leistungsberechtigte _____ 41

In eigener Sache

Impressum _____ 42
 Wir begrüßen als neue Mitglieder _____ 42
 Adressänderungen _____ 42
 Unser Vorstand _____ 43

Anhang

Anwaltsliste _____ 44
 Urteilsliste _____ 47
 Beitrittserklärung _____ 61

Männer, die behaupten, sie seien die uneingeschränkten Herren im Haus, lügen auch bei anderer Gelegenheit.

Mark Twain



Elke Bartz

**Liebe Leserin,
lieber Leser,**

die Luft ist raus. Am 1. Juli tritt das Pflegeversicherungs-Weiterentwicklungsgesetz in Kraft. Aus der geplanten Reform ist aus der Sicht behinderter Menschen ein Reförmchen geworden. Wichtige Kernpunkte unserer Forderungen sind unberücksichtigt geblieben. So behält die Pflegeversicherung ihren Sonderstatus, da sie nicht zum Träger der Rehabilitation "ernannt" wurde. Somit wird sie auch weiterhin wichtige Regelungen - wie beispielsweise die fristgerechte Bearbeitung von Anträgen (§ 14 SGB IX) ignorieren. Auch die wichtigste Forderung, dass behinderte Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber Geldleistungen in der Höhe der Sachleistungen - zumindest als Teil eines trägerübergreifenden Persönlichen Budgets - erhalten können, wird nicht umgesetzt. Es ist gerade einmal gelungen, dass über einen Entschließungsantrag weitere Modelle durchgeführt werden können. Das Bundesministerium für Gesundheit hat sich mehr als resistent gegenüber unseren, aber auch den Argumenten andere Selbsthil-

feverbände und namhafter Wissenschaftler gezeigt. Da trösten auch Leistungsausweitungen im 10 Euro-Bereich nicht. Nach mehr als 20.000 Kilometern Fahrt und zig-Stunden Arbeit in Sachen Pflegereform allein von ForSeA-Seite ist dies eine mehr als magere Bilanz. Dennoch werden wir, wo immer es möglich ist, auch in diesem Bereich weiterhin aktiv bleiben und unsere Forderungen - wenn es sein muss gebetsmühlenartig - immer wieder vortragen.

Derzeit arbeitet die Universität Bielefeld an einer Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffes. Dieser wird weit reichende Auswirkungen sowohl auf die Pflegeversicherung, die ergänzenden Leistungen der Hilfe zur Pflege durch den Sozialhilfeträger und die Eingliederungshilfe haben. Noch liegen uns zu wenige Fakten vor, so dass (fast) alle Aussagen dazu im spekulativen Bereich liegen. Wir werden aber selbstverständlich berichten, wenn es an der Zeit ist.

Die Reform der Eingliederungshilfe wird von vielen Seiten gefordert, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Während Menschen mit Behinderungen Eingliederungshilfeleistungen endlich als Nachteilsausgleich - und damit einkommens- und vermögensunabhängig - gewährt bekommen wollen, geht der Einkommens- und damit Vermögenseinsatz behinderter Menschen und deren Angehöriger aus Sicht der Sozialhilfeträger noch längst nicht weit genug.

Wen wundert es angesichts dessen, dass Begriffe wie "gleichberechtigte Teilhabe", "Selbstbestimmung" und "Paradigmenwechsel" bei der einen oder dem anderen mittlerweile Würgereize verursachen?! Es ist jedoch so relativ kurz vor den

Bundestagswahlen im kommenden Jahr kaum noch mit einer Eingliederungshilfe reform in dieser Legislaturperiode zu rechnen.

Das Persönliche Budget ist seit dem 1. Januar endgültig zur "Never-ending-Story" geworden (wir berichteten). Nach wie vor herrschen Unsicherheit und Unkenntnis vor. Und es gibt nach wie vor zu wenige Menschen, die Budgetberatung und -unterstützung leisten können. Deshalb führt ForSeA im Juni in Kooperation mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales eine 5-tägige Schulung durch. Wir ahnten zwar, dass es viele Interessenten an diesem Seminar geben würde. Was wir nicht wissen konnten war, dass es bereits drei Tage nach Ausschreibung aus- und ca. 10 Tage danach doppelt überbucht sein würde. Nun bemühen wir uns, Sponsoren bzw. Förderer für eine weitere Schulung zu finden.

Während ich diese Zeilen schreibe - es ist der 3. Mai - tritt die UN-Konvention in Kraft, da 20 Staaten sie ratifiziert haben. Deutschland zählt nach wie vor nicht dazu. Viele Menschen mit Behinderungen setzen große Hoffnungen auf diese Konvention, da sie ihnen eine tatsächlich gleichberechtigte Teilhabe gewähren soll. Und schlecht kann die Konvention nicht sein, denn sonst hätte die Bundesregierung keine Angst davor, sie umsetzen zu müssen und sie wäre schon längst ratifiziert.

Für heute bleibt mir nur noch, Ihnen allen einen wunderschönen - weder zu heißen noch zu kühlen - Sommer zu wünschen.

Ihre

Elke Bartz

Vorsitzende

Marsch aus den Institutionen / Daheim statt Heim

kobinet-nachrichten vom
3. Februar 2008

Bürokratie siegt über Menschenwürde und Selbstbestimmung Alten-WG droht endgültiges Aus



Einer Wohngemeinschaft alter Menschen im hohenlohischen Bretzfeld-Unterheimbach droht jetzt die endgültige Schließung, nachdem das Regierungspräsidium Stuttgart darin ein illegales Pflegeheim sieht.

Schon im vergangenen Jahr sah es so aus, als ob die Wohngemeinschaft aufgelöst und die WG-Bewohnerinnen und Bewohner in ein oder mehrere Altenpflegeheime verlegt würden. Doch die Beschlüsse des Verwaltungsgerichtes Stuttgart und des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim, die im Rahmen von einstweiligen Verfügungen gesprochen wurden, gaben der WG eine Galgenfrist. Sie sahen in der WG kein (illegales) Heim, das sofort - noch vor dem Hauptsacheverfahren - geschlossen werden müsste.

Tatsächlich war die WG zwölf Jahre als Kleinstheim mit ursprünglich neun, später dann acht, Bewohnerinnen und Bewohnern geführt worden. Dies wurde erst infrage gestellt, nachdem der Medizinische Dienst der Krankenkassen (MDK) mit dem Zollstock die Quadratmeterzahl der Wohnfläche ermittelte und zu dem Schluss kam, dass diese nur für sechs Personen und nicht für neun ausreichen würde. Die Qualität der Pflege und Versorgung wurde nie beanstandet. Da aber keiner der Bewohnerinnen und Bewohner ausziehen und in ein "Heim" wechseln wollte, entschlossen diese und ihre gesetzlichen Betreuer sich dazu, eine Wohngemeinschaft mit einzelnen Miet- und Versorgungsverträgen zu gründen.

Jetzt aber stellte das Regierungspräsidium Stuttgart in einem rund 50-seitigen Schreiben fest, dass die WG seiner Meinung nach doch als Heim einzustufen sei. Die zuständigen Pflegekassen stellten daher sofort ihre Leistungen ein, so dass die Pflege nicht mehr finanziert werden kann. Altenpflegerin Monika Gebhardt: "Wir können ohne die Leistungen der Pflegeversicherung den Pflegedienst nicht mehr bezahlen. Die Pflegeverträge mussten deshalb auf den 8. Februar gekündigt werden. Wenn nicht ein Wunder geschieht und wir eine größere Spende erhalten, haben wir nicht die Möglichkeit die Zeit bis zur Beendigung eines weiteren Klageverfahrens zu überbrücken".

Laut Gebhardt lebten derzeit nur noch sechs Bewohnerinnen und Bewohner in der WG. Die Anforderungen an die Quadratmeterzahl auch für ein Kleinstheim wären damit er-

füllt: "Doch jetzt heißt es plötzlich, wir würden unsere Bewohnerinnen und Bewohner mangelhaft versorgen. Wir sind entsetzt, was uns da unterstellt wird".

Gestern habe der Sohn eines WG-Bewohners seinem Vater erklärt, dass er vermutlich bald in ein Pflegeheim ziehen müsste. Dieser habe darauf geantwortet: "Ich gehe hier nicht raus. Niemals!" *elba*

Leserbriefe zu diesem Artikel:

*Inge Rosenberger schrieb am
3. Februar 2008*

Zu wessen Nutzen?

Es macht mich so was von wütend, wenn gute alternative Wohnformen, in denen die Menschen (egal ob alt oder jung) zufrieden leben, mit vorgeschobenen "Argumenten" oder überflüssigen Paragraphen so massiv be- und verhindert werden. Mit dieser - für mich sehr fragwürdigen - Methode nimmt man auch anderen Menschen den Mut und die Energie, ein selbstbestimmtes Leben im Alter oder bei Behinderung anzustreben.

*Wasilios Katsioulis schrieb am
3. Februar 2008*

Beendigung des Klageverfahrens

Zu bemängeln ist, warum nicht bis zum Ende des Klageverfahrens gewartet werden konnte, zumal die betroffenen Personen bereits seit Jahren offenbar zufrieden in der Gemeinschaft lebten. Dies wäre nicht nur besser für die Betroffenen gewesen, sondern auch billiger für

die Staatskasse. Auf diese Art und Weise wird leichtfertig mit Steuergeldern umgegangen weil "Notlösungen" immer teurer sind als Lösungen auf die sich die Betroffenen bereits Jahre eingestellt haben.

Des weiteren wäre es wünschenswert, wenn nicht nur Kostenüberlegungen in die Entscheidungen einfließen würden, sondern vor allem Überlegungen, wie es behinderten Menschen erleichtert werden kann bewährte und funktionierende "Lebensformen" beizubehalten.

Mit einem übereilten Zahlungsstopp setzt man die betroffenen Menschen in Handlungsdruck, ohne dass die Behörde sich zur Zeit sicher sein kann, ob beispielsweise der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine solche Entscheidung letztendlich unterstützt.

*Gerhard Lichtenauer,
Daheim-statt-Heim.at, schrieb am
3. Februar 2008*

Bürokratie erstickt Menschlichkeit,

wenn Selbstbestimmung, Grund- und Freiheitsrechte durch bürokratische Unsinnigkeiten ausgehebelt werden.

Dies geschieht mit einer frapierenden Unverfrorenheit, wenn es sich um pflegebedürftige, auf Hilfe angewiesene Menschen handelt, um sie der Verwaltung, Fremdbestimmung, Kasernierung und kommerziellen Verwertung zuzuführen.

Wie lange haben Schreibtischtäter noch das Sagen, wie lange bleiben die Bedürfnisse der Menschen unberücksichtigt und wie lange noch die Appelle von Betroffenen ungehört?

*Christina Fuchs schrieb am
4. Februar 2008*

WG für Menschen mit einer Behinderung

Der Generalanzeiger in Bonn (17. Januar 2008) berichtete über die Initiative einer Familie, ein Wohnhaus zu bauen in dem der Sohn und vier weitere Behinderte leben können. SPD und Grüne lehnten das Vorhaben ab. "Wir dürfen keine Ausnahmen machen".

Eine Flut empörter Leserbriefe antwortete auf die Ablehnung. Da wird Elterninitiative bestraft. Der Staat sollte auch seinen behinderten Mitbürgern keine, ihre Lebensplanung einengenden, Vorschriften machen.

Leserbriefe nachzulesen in der Ausgabe Generalanzeiger Bonn vom 2. und 3. Februar 2008.

*Monika Hamester schrieb am
11. Februar 2008*

Wehrt Euch!

Ich betreibe seit 12 Jahren einen ambulanten Pflegedienst in Schleswig-Holstein. Seit rund 8 Jahren betreuen meine Mitarbeiter und ich rund-um-die-Uhr in mittlerweile 7 unabhängigen Wohngemeinschaften im südlichen und nördlichen Schleswig-Holstein zwischen 36 und 42 schwerstbehinderte, überwiegend jüngere Menschen mit zum Teil schwersten erworbenen Hirnschäden, zum Teil im Wachkomazustand bis hin zur Beatmungspflichtigkeit.

Was wir, der Pflegedienst, die Angehörigen, Betreuer und auch Patienten in den Jahren seit 2000 erlebt haben, würde ganze Bücher

füllen, wenn ich denn die Zeit fände diese alles aufzuschreiben. Bei uns war und ist bis heute das größte Problem der örtliche Sozialträger im Kreis Herzogtum-Lauenburg im südlichen Schleswig-Holstein. Vor 2 Jahren hatte sich die Situation so zugespitzt, dass der Verein mobile e.V. über die Lübecker Nachrichten die Öffentlichkeit informiert hat. Hierzu verweise ich für weitere Informationen auf die Internetseite des Vereins www.mobile.li

Dieser Verein hat sich im Jahre 2002 aus Mitarbeitern meines Pflegedienstes, sowie meiner Therapiepraxen, betroffenen WG-Bewohnern, Angehörigen, Betreuern, Rechtsanwälten, Ärzten und engagierten, an der Sache interessierten, Mitbürgern aus den umliegenden Gemeinden der Wohngemeinschaften begründet.

Wenn ich sage, dass meines Wissens zurzeit ca. 45 Sozialgerichtsverfahren der von uns versorgten, teilweise bereits verstorbenen und noch in den WG's lebenden Menschen anhängig sind, dürfte das in ungefähr die Brisanz des hier geschriebenen unterstreichen. Mittlerweile schießen in ganz Schleswig-Holstein Wohngemeinschaften wie Pilze aus dem Boden. Ich denke, wir haben es am dicksten abbekommen, da wir mit unserem Versorgungskonzept, das bereits vor 8 Jahren gestartet wurde, mit Sicherheit eine Vorreiterrolle innehatten. Die Zeit war und ist eigentlich immer noch nicht reif für derart innovative Versorgungsformen.

Wer mehr über unsere Arbeit wissen möchte und vor allen Dingen wie man sich gegen die großen und kleinen Widrigkeiten wehrt, kann jederzeit den Verein, aber auch mich persönlich gerne kontak-